



BBU-Pressemitteilung
05.11.2025

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

BBU fordert Ablehnung des CCS-Gesetzes am Donnerstag im Bundestag

(Bonn / Berlin, 05.11.2025) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) appelliert an die Bundestagsabgeordneten, das Kohlendioxid-Speicherung- und-Transportgesetz (KSpTG) abzulehnen. Der Umweltverband fordert die Abgeordneten auf, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, im Rahmen einer Gewissensentscheidung auch entgegen einem Fraktionszwang der unbeherrschbaren Hochrisikotechnologie Carbon Capture and Storage (CCS) eine Absage zu erteilen. Der Gesetzentwurf zum KSpTG soll am Donnerstagnachmittag in zweiter und dritter Lesung im Bundestag beraten und unmittelbar danach beschlossen werden. Er stellt eine Novellierung des bisherigen Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG) dar. Mit dem KSpTG soll eine CCS-Infrastruktur in Deutschland durchgesetzt werden. Der BBU lehnt CCS ab, da es eine erhebliche Gefahr für die menschliche Gesundheit, die natürlichen Lebensgrundlagen und das Klima ist.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Ein Netz von Pipelines soll zum CO₂-Transport durch Deutschland installiert werden. Dabei sind die Probleme mit dem Mix aus Kohlendioxid und Schadstoffen aus industriellen Prozessen ungelöst. Das transportierte Abgas kann zu rapider Korrosion in den Transportleitungen führen. Durch die so entstehenden Lecks kann in der Folge Kohlendioxid entweichen. Das

freigesetzte Kohlendioxid wirkt erstickend und kann zum Tod führen. Ein Gesetz mit vorprogrammierten schweren Schadensfällen zu beschließen, wäre unverantwortlich.“

Bei einer Verpressung von Kohlendioxid auf See in die zwangsläufig undichten CO₂-Speicher wie ehemalige Bohrlöcher kann das versauernd wirkende Gas wieder entweichen und die marinen Ökosysteme schwer schädigen. Zudem kann CO₂ das wesentlich klimaschädlichere Methan im Untergrund verdrängen, welches dann in die Umwelt freigesetzt wird. Die angebliche sichere Einlagerung von CO₂ als Beitrag zum Klimaschutz ist lediglich ein Etikettenschwindel. CCS bewirkt genau das Gegenteil dessen, was seine Durchsetzung legitimieren soll. Vielmehr wird die Klimakrise weiter angeheizt.

Auch das fossile Zeitalter wird mit CCS weiter verlängert. So soll die Technik auch für Gaskraftwerke Anwendung finden, die dann in Konkurrenz zu erneuerbaren, CO₂-freien Energien stehen. Und auch eine Fokussierung von CCS auf angeblich „unvermeidbare CO₂-Emissionen“ führt in die Irre. Denn diese Sprachregelung ermöglicht es lediglich der Industrie, notwendige Veränderungen von Produktionsprozessen zu unterlassen und die konsequente Vermeidung von CO₂-Emissionen nicht vorzunehmen.

Der BBU zieht ein klares Resümee. Es gibt keine Rechtfertigung für CCS. CCS ist gesundheits-, umwelt- und klimaschädlich, verlängert das fossile Zeitalter und behindert die notwendige Transformation der Industrie. Es ist geboten, dass die Bundestagsabgeordneten am Donnerstag den CCS-Plänen ein Ende bereiten.

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.